

06/2009

---

**2015**  
*aktuell*

---

30. Juni 2009

1. **UN-Konferenz zur Finanzkrise in New York**
2. **Klimaverhandlungen in Bonn**
3. **Vorbereitungen auf den G8-Gipfel**
4. **Zahl der Hungernden erreicht Höchststand**
5. **Memorandum fordert Reform der Entwicklungszusammenarbeit**
6. **Enttäuschung über Haushaltsentwurf**
7. **Steuergerechtigkeit eingefordert**
8. **Weltbank warnt vor sinkenden Investitionen**
9. **Africa Progress Report 2009**
10. **Data-Bericht zu G8 und Afrika**
11. **Hochschulexzellenz für die MDG**
12. **CorA-Netzwerk legt Aktionsplan für öffentliche Beschaffung vor**

*Kurz notiert  
Termine*

---

### **1. UN-Konferenz zur Finanzkrise in New York**

Vom 24. bis 26. Juni fand in New York die UN-Konferenz über die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Folgen für Entwicklungsländer statt. Obwohl als hochrangige Konferenz geplant, blieben die Staatschefs der westlichen Industrieländer der Veranstaltung fern. In einem nach langen Verhandlungen verabschiedeten Abschlussdokument forderten die Repräsentanten von mehr als 140 Staaten Maßnahmen, die die Welt aus der Rezession führen und insbesondere die Folgen der Krisen für die ärmsten Länder mildern sollen. Die Industrieländer werden aufgefordert, ihre Zusage vom G20-Gipfel in London, die Weltwirtschaft mit mehr als einer Billion Dollar wiederanzukurbeln, einzuhalten und einen größeren Teil dieser Mittel für Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren wird eine

Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank sowie ein größerer Einfluss der Vereinten Nationen (UN) in Weltwirtschaftsfragen gefordert. So soll bereits im Juli beim Treffen des UN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) eine ständige internationale Expertengruppe zur Beratung der UN in Weltwirtschafts- und Finanzfragen eingerichtet werden.

[www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=A/CONF.214/3&Lang=E](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/CONF.214/3&Lang=E)

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, die Deutschland bei der Konferenz vertrat, hat die Ergebnisse der Veranstaltung begrüßt. „Die Konferenz und das Abschlussdokument stärken die globale Handlungsfähigkeit und haben den ärmsten Entwicklungsländern eine Stimme gegeben“, so die Ministerin. In der Abschlusserklärung seien viele Vorschläge der Stieglitz-Kommission, der auch die Ministerin angehört, aufgenommen worden, wie zum Beispiel die Einrichtung des UN-Beratungsgremiums in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das Abschlussdokument sei der Beginn eines langfristigen Reformprozesses der globalen Entscheidungsstruktur, der überfällig sei, um diese dem 21. Jahrhundert entsprechend auszugestalten, erklärte Wieczorek-Zeul.

[www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2009/juni/20090623\\_un/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2009/juni/20090623_un/index.html)

Wesentlich kritischer fällt die Bilanz verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus. „Angesichts der dramatischen Folgen der Krisen ist es bedauerlich, dass die Forderung nach einem globalen Hilfspaket als Überlebens-Schutzschirm für die Armen nicht berücksichtigt wurde“, so Klaus Schilder von terre des hommes. Die Stärkung der UN bei der Koordinierung globaler Wirtschafts- und Finanzfragen sei gleichwohl zu begrüßen. Nach Ansicht des globalisierungskritischen Netzwerks Attac seien die Ergebnisse des UN-Finanzgipfels in Folge der Blockadehaltung der Industrienationen weitgehend enttäuschend und belanglos. Nun komme es darauf an, starken Druck auf die Politik der Industrieländer auszuüben, damit sie sich einer Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen nicht weiter entgegen stellen.

[www.tdh.de/content/presse/pressemitteilungen/20090626\\_PM\\_weltkonferenz\\_ergebnis.htm](http://www.tdh.de/content/presse/pressemitteilungen/20090626_PM_weltkonferenz_ergebnis.htm)

[www.attac.de/aktuell/presse/detailsicht/datum/2009/06/26/finanzgipfel-prozess-auf-un-ebene-muss-weiter-gehen/?cHash=7e3b3b6427](http://www.attac.de/aktuell/presse/detailsicht/datum/2009/06/26/finanzgipfel-prozess-auf-un-ebene-muss-weiter-gehen/?cHash=7e3b3b6427)

Auch Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE kritisierten die Ergebnisse der Konferenz als unzureichend. „Die Entwicklungsländer haben auf der Konferenz zu Recht eine stärkere Rolle der UN in Wirtschafts- und Finanzfragen eingefordert. Die meisten Industrieländer hingegen wollen alles lieber beim alten belassen“, so Thilo Hoppe, MdB, Bündnis90/Die Grünen und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AwZ). Ulla Lötzer, die Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung urteilte: „Herausgekommen ist am Ende gar nichts, weil die Industriestaaten sich wieder einmal quer gestellt haben“.

[www.thilo-](http://www.thilo-hoppe.de/cms/default/dok/291/291686.new_yorkerklaerung_mit_leben_fuellen_deu.html)

[hoppe.de/cms/default/dok/291/291686.new\\_yorkerklaerung\\_mit\\_leben\\_fuellen\\_deu.html](http://www.thilo-hoppe.de/cms/default/dok/291/291686.new_yorkerklaerung_mit_leben_fuellen_deu.html) ; [www.ulla-](http://www.ulla-loetzer.de/article/398.un_konferenz_industrielaender_verhindern_globale_und_demokratische_antwort_auf_die_krise.html)

[loetzer.de/article/398.un\\_konferenz\\_industrielaender\\_verhindern\\_globale\\_und\\_demokratische\\_antwort\\_auf\\_die\\_krise.html](http://www.ulla-loetzer.de/article/398.un_konferenz_industrielaender_verhindern_globale_und_demokratische_antwort_auf_die_krise.html)

## 2. Klimaverhandlungen in Bonn

In Bonn sind die UN-Klimaverhandlungen ohne konkrete Ergebnisse zu Ende gegangen. Die Bonner Verhandlungsrunde vom 1. bis 12. Juni, an der mehr als 1.200 Delegierte aus 183 Ländern teilnahmen, war die zweite von fünf Konferenzen in diesem Jahr zur Vorbereitung des Weltklimagipfels im Dezember in Kopenhagen, bei dem ein Kyoto-Nachfolgeabkommen beschlossen werden soll. Nach Angaben des UN-Sekretariats der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) wurden bei den Bonner Verhandlungen gute Fortschritte hinsichtlich der Rolle von Landnutzung, Entwaldung und Waldbewirtschaftung bei der CO<sup>2</sup> Reduktion erzielt. Darüber hinaus wurden Berichte über zukünftige Finanzierungsmöglichkeiten, Langzeitstrategien und Ergebnisindikatoren für Technologietransfer vorgelegt. Bei den großen Streitthemen wie der erforderlichen Minderung von Treibhausgasen in Industrieländern und Finanzausgaben der reichen an ärmere Länder wurde jedoch kein Durchbruch erzielt. Die USA legten in Bonn ihren eigenen Entwurf für ein Abkommen vor. Dessen Kern ist eine völkerrechtlich bindende Einbeziehung aller Konventionsstaaten, inklusive der Entwicklungsländer. Diese sollen konkrete und überprüfbare Maßnahmen anwenden, um den Treibhausgasausstoß einzudämmen.

[http://unfccc.int/files/press/news\\_room/press\\_releases\\_and\\_advisories/application/pdf/091206\\_closing\\_pr\\_sb30.pdf](http://unfccc.int/files/press/news_room/press_releases_and_advisories/application/pdf/091206_closing_pr_sb30.pdf)

Die NRO Germanwatch kritisiert das Verhalten von Japan, der EU und den USA während der Verhandlungen. Sie hätten geringe Zielvorgaben gemacht und keine Signale für die notwendige finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern gesetzt. Vor diesem Hintergrund werde es von Seiten der Entwicklungs- und Schwellenländer keine Zugeständnisse über eigene Reduktionsziele geben. Während der Bonner Verhandlungsrunde hatte Germanwatch gemeinsam mit dem World Wide Fund For Nature (WWF), Greenpeace und anderen NRO einen eigenen Entwurf für ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls vorgestellt. Eckpunkte des 140-seitigen „**Kopenhagener Klima-Abkommens**“ sind unter anderem ein umfangreiches Anpassungspaket das durch vorhersagbare Finanzunterstützung und einen internationalen Versicherungsmechanismus die besonders verletzlichen Regionen bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen soll. Des Weiteren sollen die Industrienationen die Entwicklungsländer auf dem Weg in eine CO<sup>2</sup> arme Gesellschaft unterstützen. Nach Aussage von Martin Kaiser von Greenpeace steht der Schutz des Klimas und damit der Schutz unseres Planeten und seiner Bewohner im Zentrum des Vertrages. Nun sei der politische Wille gefragt, diesen Text als Grundlage für ein Klimaabkommen zu nutzen.

[www.germanwatch.org/presse/2009-06-12un.htm](http://www.germanwatch.org/presse/2009-06-12un.htm)

[www.germanwatch.org/klima/treaty1nar.pdf](http://www.germanwatch.org/klima/treaty1nar.pdf)

Auch der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und das Bischöfliche Hilfswerk Misereor beklagten den fehlenden politischen Willen der Industrienationen, ihrer Verantwortung für den Klimawandel mit angemessenen Klimaschutzzielen gerecht zu werden. Die diskutierten CO<sup>2</sup>-Reduktionsziele seien ungenügend und die einzelnen nationalen Vorschläge weit unter der erforderlichen Absenkung der Emissionen von 40 Prozent bis 2020. Misereor zeigte sich enttäuscht über die Rolle der EU bei den Verhandlungen zur finanziellen Unterstützung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern. Der Bedarf liegt bei ungefähr 100 Milliarden Euro jährlich. „In Afrika, Asien und Lateinamerika leiden tausende Menschen unter dem Klimawandel“, so Misereor-Geschäftsführer

Josef Sayer. Bis zum Ende der Verhandlungen wurden allerdings weder von der EU noch von Deutschland finanzielle Zusagen gemacht. Der EED betonte nachdrücklich, dass die Passivität der Industrieländer zu einem erheblichen Vertrauensverlust in den Entwicklungsländern geführt hat. „Die Verhandlungen werden nicht vorankommen, solange sich die reichen Länder nicht zu sofortigen und weitgehenden Emissionsreduktionen verpflichten“, so Richard Brand, Klimareferent des EED.

[www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/stillstand-bei-klimaverhandlungen.html](http://www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/stillstand-bei-klimaverhandlungen.html);

[www.eed.de/de/de.eed/de.eed.press/de.eed.press.all/de.presse.347/](http://www.eed.de/de/de.eed/de.eed.press/de.eed.press.all/de.presse.347/)

### **3. Vorbereitungen auf den G8-Gipfel**

In Rom und Lecce trafen sich vom 11. bis 13. Juni die Finanz- und Entwicklungsminister der G8-Staaten, kurz darauf auch die Außenminister. Die Finanzminister bekannnten sich in ihrem Abschlusskommunique zu den beim G20-Gipfel in London vereinbarten Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung. Weitere Themen waren die starken Schwankungen bei Rohstoffpreisen sowie der Kampf gegen Steuerhinterziehung. Trotz erster Anzeichen einer weltwirtschaftlichen Erholung warnten die Minister vor signifikanten Risiken für die wirtschaftliche und finanzpolitische Stabilität. Sie erteilten dem IWF den Auftrag, Grundlagen für Exit-Strategien aus den teuren Konjunkturprogrammen der Industrieländer zu erarbeiten.

[www.g8italia2009.it/static/G8\\_Allegato/Comunicato\\_G8\\_Ministri\\_Finanziari\\_Lecce\\_13\\_giugno\\_2009,1.pdf](http://www.g8italia2009.it/static/G8_Allegato/Comunicato_G8_Ministri_Finanziari_Lecce_13_giugno_2009,1.pdf)

Zeitgleich trafen sich in Rom die Entwicklungsminister der G8-Staaten mit Vertretern von Schwellenländern, der Afrikanischen Union, der „New Partnership for Africas Development“ (NEPAD), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Weltbank. Sie wollten in Vorbereitung auf den G8-Gipfel in L’Aquila über die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Entwicklungsländer beraten. Kernthemen waren die Steigerung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit, die Stärkung von Steuersystemen in Entwicklungsländern, die Rolle der regionalen Integration, die Entwicklung innovativer Finanzierungsinstrumente, eine Reduzierung der Gebühren für Rücküberweisungen von Migrantinnen und Migranten von zehn auf fünf Prozent sowie der Klima-Gipfel in Kopenhagen.

[www.esteri.it/MAE/EN/Sala\\_Stampa/ArchivioNotizie/Approfondimenti/2009/06/20090612\\_G8DevelopmentMeeting.htm?LANG=EN](http://www.esteri.it/MAE/EN/Sala_Stampa/ArchivioNotizie/Approfondimenti/2009/06/20090612_G8DevelopmentMeeting.htm?LANG=EN)

Die G8-Außenminister äußerten sich während ihres Treffens im italienischen Trieste vom 24. bis 27. Juni besorgt über die Auswirkungen der Wirtschafts- und Ernährungskrise in Afrika und betonten die Notwendigkeit einer verstärkten internationalen Kooperation zur Abfederung der zukünftigen Probleme. Auf Basis einer gleichberechtigten Partnerschaft sei es möglich, die Krise als Chance zu nutzen und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Entwicklung zu erarbeiten. Die Erfolge der letzten Jahre – hohes Wirtschaftswachstum, freie und faire Wahlen, die verstärkte Anwendung des African Peer Review Mechanism (APRM) – zeigten, dass positive Entwicklungen möglich sind, wenn entwicklungsförderliche Regierungsführung durch nachhaltiges internationales Engagement unterstützt wird.

[www.esteri.it/MAE/IT/Sala\\_Stampa/ArchivioNotizie/Approfondimenti/2009/06/20090626\\_G8Meeting.htm](http://www.esteri.it/MAE/IT/Sala_Stampa/ArchivioNotizie/Approfondimenti/2009/06/20090626_G8Meeting.htm)

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zeigte sich angesichts der drohenden Kürzungen der Entwicklungshilfe im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise besorgt. Diese dürfe keine Rechtfertigung sein, sich von den in Gleneagles gegebenen Versprechen abzuwenden, erklärte er anlässlich des G8-Finanzministertreffens in Lecce. Gerade jetzt sei es besonders wichtig, gegebene Versprechen zu konkretisieren, so Ban. Dazu müssten auch innovative Finanzierungsinstrumente ausgebaut werden.

[www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=31114&Cr=financial+crisis&Cr1=](http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=31114&Cr=financial+crisis&Cr1=)

#### **4. Zahl der Hungernden erreicht Höchststand**

Die Zahl der Hungernden wird in diesem Jahr weltweit mit 1,02 Milliarden Menschen eine neue historische Rekordhöhe erreichen. Dies belegen aktuelle Prognosen der Welternährungsorganisation (FAO), die am 19. Juni in Rom vorgestellt wurden. Auslöser für den rapiden Anstieg der Zahlen ist nach Angaben der UN-Organisation die tiefe Talfahrt der Weltwirtschaft, die zu geringeren Einkommen und höherer Arbeitslosigkeit geführt hat. „Ein gefährlicher Mix aus ökonomischer Krise kombiniert mit hartnäckig hohen Nahrungsmittelpreisen hat im letzten Jahr 100 Millionen Menschen zusätzlich in chronischen Hunger und Armut gestürzt“, sagte FAO-Generaldirektor Jaques Diouf. Die Anzahl der Hungernden wird nach Berechnungen der FAO um mehr als elf Prozent ansteigen. Annähernd alle unterernährten Menschen leben in den Entwicklungsländern, davon 642 Millionen im asiatisch-pazifischen Raum und 265 Millionen in Afrika südlich der Sahara. Nach Aussage von Diouf stellt diese stille Hungerkrise, von der ein Sechstel der gesamten Menschheit betroffen ist, eine erhebliche Gefährdung für den Weltfrieden und die Sicherheit dar. Kanayo F. Nwanze, Präsident des Internationalen Agrar-Entwicklungsfonds (IFAD), forderte Investitionen in die Landwirtschaft sowie die Bereitstellung von Saatgut und Dünger für Kleinbauern. Darüber hinaus benötigten diese gerade in Zeiten der globalen Krise maßgeschneiderte Technologien, Infrastruktur, Finanzierung und funktionierende Märkte.

[www.fao.org/fileadmin/user\\_upload/newsroom/docs/Press%20release%20june-en.pdf](http://www.fao.org/fileadmin/user_upload/newsroom/docs/Press%20release%20june-en.pdf)

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ), Thilo Hoppe, forderte aufgrund der veröffentlichten FAO-Prognosen einen sofortigen Kurswechsel der Bundesregierung und der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen den Hunger. In der Entwicklungs- und Agrarpolitik bräuchte es einen Perspektivwechsel, der erstens deutlich mehr Gelder für ländliche Entwicklung bereitstellt und zweitens im Sinne des Ansatzes des Weltagrarrates (IAASTD) standortspezifische sowie ökologische und soziale Belange berücksichtigt. „Eine nachhaltige Entwicklung ist von lokalen Voraussetzungen abhängig“, so Hoppe. Der Grünen Gentechnik erteilt er eine klare Absage. Sie sei nicht Teil der Lösung, sondern im Gegenteil mit hohen ökologischen und sozialen Risiken behaftet. Von der Bundesregierung fordert Hoppe, sich für den sofortigen Stopp der Agrarexportsubventionen einzusetzen. Außerdem müssten die Entwicklungsländer die Möglichkeit erhalten, sich vor Dumpingfluten schützen zu können.

[www.thilo-hoppe.de/cms/default/dok/290/290708.alarmierend\\_zahl\\_der\\_hungernden\\_uebersch.html](http://www.thilo-hoppe.de/cms/default/dok/290/290708.alarmierend_zahl_der_hungernden_uebersch.html)

Die Welthungerhilfe forderte angesichts der in Rom vorgestellten Zahlen eine stärkere Förderung der ländlichen Entwicklung und Rettungspakete auch für die Hungernden. Das 21. Jahrhundert droht, Bärbel Dieckmann, der Präsidentin der Welthungerhilfe, zufolge, zum Hungerjahrhundert zu werden. Die Welthungerhilfe verlangt deshalb die Bereitstellung von einem Prozent der von den Industrieländern aufgelegten Konjunkturpakete für die Bekämpfung von Hunger und Armut. Dieses Geld müsse zusätzlich zu der bereits vereinbarten staatlichen Entwicklungshilfe bereitgestellt werden. Nationale und internationale Maßnahmen sowie politische Strategien zur Hungerbekämpfung müssten in der FAO gebündelt werden.

[www.welthungerhilfe.de/hungerbekaempfung-geld.html](http://www.welthungerhilfe.de/hungerbekaempfung-geld.html)

Anlässlich der Tagung „Fit for Global Business“, die die Agrar- und Ernährungswirtschaft am 18. Juni durchführte, forderten NRO sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem gemeinsamen Positionspapier einen Kurswechsel in der Agrar- und Ernährungspolitik. „Das Ziel der Exportoffensive, die kaufkräftigen Mittelschichten in Schwellen- und Entwicklungsländern zu beliefern, nimmt Millionen Kleinbauern dort die Chance, ihre Binnenmärkte für sich zu entwickeln“, sagte Thomas Rewe, kenianischer Agrarfachmann und EED-Berater. Germanwatch kritisierte, dass Europas Bauern etwas vorgemacht wird. Deutsche Landwirte würden nur geringfügig von der Exportstrategie des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMLEV) profitieren. Hauptprofiteur sei die Ernährungsindustrie, da insbesondere der Absatz stark weiterverarbeiteter Nahrungsmittel durch Subventionen gestützt werden soll. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen fordern die Bundesregierung auf, sich auf die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben der Welternährung zu konzentrieren. Konkret verlangen sie, dass der Weltagrарbericht (IAASTD), der aufzeigt, wie die Welt nachhaltig und sozial ausgewogen ernährt und die Umweltbedingungen verbessert werden können, endlich unterzeichnet wird, dass alle Exportsubventionen abgeschafft und die freiwerdenden Mittel zur Förderung von Kleinbauern in Entwicklungsländern genutzt werden.

[www.eed.de/de/de.col/de.col.d/de.sub.27/de.sub.news/de.presse.350/index.html](http://www.eed.de/de/de.col/de.col.d/de.sub.27/de.sub.news/de.presse.350/index.html)

## **5. Memorandum fordert Reform der Entwicklungszusammenarbeit**

Zum vierten Mal hat eine Gruppe von Expertinnen und Experten der Entwicklungszusammenarbeit anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl am 27. September ein Memorandum vorgelegt, in dem diese ihre Erwartungen und Forderungen an das zukünftige Parlament und die Bundesregierung darstellen. Zentral ist darin die Forderung, angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise die anderen langfristig wohl noch bedrohlicheren Krisen nicht aus dem Blick zu verlieren: die Klima- und Umweltkrise; die Ernährungskrise sowie verstärkte regionale Konflikte, die sich zu einem weltweiten Sicherheitsrisiko ausweiten könnten. Weiterhin fordern die Autorinnen und Autoren eine deutliche Steigerung der finanziellen Aufwendung zur Eindämmung und Anpassung an den Klimawandel. Diese Kosten müssten zusätzlich zur Öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) bereitgestellt werden. Zusammen sollten laut Memorandumsguppe die „Klimakosten“ und die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf mindestens 1,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens gesteigert werden. Die Lösung der globalen Krisen erfordere integrierte Ansätze unter anderem in der Sicherheits-, Klima-, Energie- und Handelspolitik. Der Entwicklungspolitik komme dabei eine wesentliche

Rolle zu; deshalb müsse auch in Zukunft die Eigenständigkeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erhalten bleiben. Allerdings sei eine bessere Abstimmung mit den anderen relevanten Ressorts innerhalb der Bundesregierung notwendig, so die Autoren. Angesichts der drastisch gestiegenen Nahrungsmittelpreise in den vergangenen Jahren spricht sich die Memorandumsgruppe dafür aus, auf den forcierten Anbau von Pflanzen zur Herstellung von Agrarkraftstoffen zu verzichten. Unterstützt haben das Memorandum bisher über 170 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner.

[www.germanwatch.org/memo2009](http://www.germanwatch.org/memo2009)

## **6. Enttäuschung über Haushaltsentwurf**

Mit großer Enttäuschung hat der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) auf den am 24. Juni im Bundeskabinett verabschiedeten Entwurf des Bundeshaushalts 2010 reagiert. Die Steigerung des Entwicklungsetats um gerade mal 0,4 Prozent sei für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger ein fatales Signal, so der Verband. Nach dem ODA-Stufenplan hatte Deutschland zugesagt, die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens aufzustocken. Nach dem jetzt beschlossenen Regierungsentwurf steigt der Entwicklungshilfe-Etat aber nur um 30 Millionen Euro. „Das ist deutlich zu wenig, um dem ODA-Ziel nahe zu rücken“ betonte VENRO-Vorsitzende Claudia Warning. Nach dem neusten OECD-Bericht über die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit des Jahres 2008 fehlen Deutschland noch rund 3,7 Milliarden US-Dollar, um das 0,51-Prozent-Ziel im Jahr 2010 zu erreichen. Da der Bundeshaushalt 2010 erst nach der Bundestagswahl vom neuen Bundestag beschlossen wird, bestehen noch Chancen auf „Nachbesserung“.

<http://de.reuters.com/article/topNews/idDEBEE55N0AA20090624>

[www.venro.org/497.html](http://www.venro.org/497.html)

Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise sprechen sich 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland für die finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern aus. Zu diesem Ergebnis kommt eine von Oxfam anlässlich des Finanz- und Entwicklungsministertreffens der G8-Staaten veröffentlichte Umfrage. Für eine Stabilisierung der Entwicklungshilfe auf dem heutigen Niveau plädierten 39 Prozent der Befragten. 31 Prozent stimmten sogar für eine Erhöhung der Ausgaben zur Armutsbekämpfung. Diese Werte zeigen, dass den Deutschen auch in Krisenzeiten Entwicklungshilfe wichtig ist und die Krise keine Ausrede sein darf, arme Länder im Stich zu lassen, so Tobias Hausschild, Referent für Entwicklungspolitik bei Oxfam Deutschland. Mehr als die Hälfte der Befragten möchte, dass Deutschland sein Versprechen hält und bis zum Jahr 2015 die ODA-Quote auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöht. „Die Bundesregierung muss ihre Zahlungen bis 2010 um 2,7 Milliarden Euro erhöhen“, forderte Hausschild.

[www.oxfam.de/a\\_611\\_presse.asp?id=400](http://www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=400)

Die Organisation ONE hat eine E-Mail-Aktion gestartet, mit der Finanzminister Peer Steinbrück aufgefordert wird, im Bundeshaushalt 2010 die versprochenen 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe auszugeben. unter [www.one.org/de/haushalt2010/](http://www.one.org/de/haushalt2010/) kann eine E-Mail an Steinbrück verschickt werden.

## 7. Steuergerechtigkeit eingefordert

NRO aus Österreich, Luxemburg und der Schweiz haben ihre Regierungen im Vorfeld der zweiten Konferenz gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aufgefordert, sich offensiv gegen internationale Steueroasen einzusetzen. Bei der Umgestaltung der eigenen Politik gelte es, auch die Entwicklungsländer einzubeziehen und ihnen die gleichen Rechte zuzugestehen. Ziel müsse der automatische Informationsaustausch sein. Außerdem muss der OECD-Standard für internationale Amtshilfe sowie die Zinsbesteuerung den Organisationen zufolge auch auf Entwicklungsländer angewandt werden. Die Umsetzung dieser Forderungen sei von zentraler Bedeutung für Entwicklungsländer, da unfaire Steuerpraktiken in Industrieländern Kapitalabflüsse aus den ärmsten Ländern fördern und deren eigene Steuerbasis unterminieren.

[www.alliancesud.ch/deutsch/pagesnav/frames.htm](http://www.alliancesud.ch/deutsch/pagesnav/frames.htm)

Bei dem Treffen ausgewählter Mitgliedsländer der OECD, das am 23. Juni auf Einladung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und dem französischen Haushaltsminister Eric Woerth in Berlin stattfand, haben sich die anwesenden Staaten dafür ausgesprochen, jegliche Form der Steuerflucht zu bekämpfen. In ihrer Abschlusserklärung bekräftigten sie, dass die Einhaltung der entsprechenden OECD-Standards künftig gemeinsam überwacht und gestärkt werden soll. Auch die Schweiz, Österreich und Luxemburg wollen in Zukunft Informationen über Steuerhinterzieher liefern. Außerdem sollen koordinierte Sanktionen gegen Steueroasen verhängt werden. Instrumente, die den Entwicklungsländern einen vollen Zugang zu den OECD-Standards ermöglichen, sollen geprüft werden. Entwicklungsländer sollen außerdem bei der Verbesserung der Einhaltung ihrer Steuervorschriften unterstützt werden, damit sie von der internationalen Zusammenarbeit im Steuerbereich profitieren können.

[www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_2368/DE/Wirtschaft\\_und\\_Verwaltung/Internationale\\_Beziehungen/220609\\_Steuerkonferenz\\_anl\\_de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_2368/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Internationale_Beziehungen/220609_Steuerkonferenz_anl_de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf)

## 8. Weltbank warnt vor sinkenden Investitionen

Inmitten einer globalen Rezession und finanzieller Instabilität versiegt in den Entwicklungsländern der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen (FDI). Nach neuesten Prognosen, die die Weltbank unter dem Titel „**Global Development Finance 2009 – Charting a Global Recovery**“ veröffentlichte, werden in diesem Jahr nur rund 363 Milliarden US-Dollar in die Entwicklungsländer fließen, während es im Jahr 2007 noch 1,2 Billionen Dollar waren. Das entspricht einem Rückgang von ungefähr 70 Prozent. Zusammen mit weiteren negativen ökonomischen Entwicklungen wie dem Einsturz der Preise von Exportgütern, zurückgehenden Rücküberweisungen und ausbleibenden Tourismuseinnahmen, führt dies dazu, dass das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern drastisch zurückgehen werde, so die Autoren. Gegenüber 8,1 Prozent Wachstum im Jahr 2007 und 5,9 Prozent Wachstum im Jahr 2008 rechnet die Weltbank für dieses Jahr mit einem Wachstum von nur noch 1,2 Prozent. Direkte Folge dieser Entwicklungen seien Arbeitsplatzverluste und zunehmende Armut. „Um einer zweiten Welle der Instabilität vorzubeugen, muss sich die Politik schnellstens auf eine Reform des Finanzsektors und die Unterstützung der ärmsten Länder konzentrieren“, so Hans Timmer, Vorsitzender der „Prospect-Group“ der Weltbank. Dennoch könne die Krise für Entwicklungsländer eine Chance sein, zu einer treibenden Kraft der

weltwirtschaftlichen Erholung zu werden. Dazu müssten ihre Inlandsinvestitionen mit internationaler Unterstützung gestärkt und der internationale Kreditfluss wiederbelebt werden. Für 2010 prognostiziert die Studie eine deutliche Erholung der wirtschaftlichen Lage in Entwicklungsländern, die sich auch 2011 fortsetzen wird. Die Experten warnen allerdings davor, im südlichen Afrika öffentliche Entwicklungshilfegelder zu kürzen, da diese gerade jetzt auf die Unterstützung ihrer öffentlichen Haushalte angewiesen seien.

[http://siteresources.worldbank.org/INTGDF2009/Resources/gdf\\_combined\\_web.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTGDF2009/Resources/gdf_combined_web.pdf)

## 9. Africa Progress Report 2009

Der Einbruch der Weltwirtschaft trifft Afrika härter als jede andere Region. Dennoch bietet dies für den Kontinent auch die Chance für ein neues nachhaltiges Entwicklungsmodell auf der Grundlage afrikanischer Eigenverantwortung („ownership“). Zu diesen Schlussfolgerungen kommt der Africa Progress Report 2009. Der Bericht wird vom Africa Progress Panel herausgegeben, dem der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan vorsitzt. Das neue Entwicklungsmodell müsse stärkere Investitionen in Afrikas Realwirtschaft vorsehen und dabei ein besonderes Augenmerk auf Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Kommunikation legen. Investitionen in diesen Bereichen können dem Bericht zufolge nicht nur Arbeitsplätze schaffen und den Handel in Afrika ankurbeln, sondern auch Märkte für den Rest der Welt erschließen. Ziel des neuen Entwicklungsmodells muss es sein, ausgehend von den Bedürfnissen der Menschen Sicherheit und Stabilität herzustellen. Eine Schlüsselrolle übernehmen dabei neben der Wirtschaft vor allem die Führungsqualitäten afrikanischer Politiker. Diese müssten sich nun der Aufgabe stellen, in Zeiten der Wirtschaftskrise Stabilität und Fortschritt sowie Wachstum, Armutsbekämpfung und die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) zu erreichen. Dabei müssten sie Unterstützung durch die internationale Entwicklungszusammenarbeit erhalten. So sollten sich die G8-Staaten zusammen mit der OECD für eine Ausweitung bisheriger Entschuldungsinitiativen einsetzen und Geberländer ihre Verpflichtungen zur Bereitstellung von Entwicklungshilfegeldern einhalten und sich für eine stärkere Beteiligung Afrikas in internationalen Institutionen einsetzen.

<http://africaprogresspanel.socialmediarelease.co.za>

## 10. Data-Bericht zu G8 und Afrika

Von den 21,5 Milliarden US-Dollar, die die G8-Staaten 2005 bei ihrem Gipfel im schottischen Gleneagles an Entwicklungshilfeausgaben für Afrika versprochen haben, sind nach Angaben der Lobbyorganisation ONE gerade einmal sieben Milliarden US-Dollar ausgezahlt worden. Das geht aus dem jährlich veröffentlichten **“DATA Bericht”** hervor, in dem die Organisation die Umsetzung der Versprechen der G8-Staaten gegenüber Afrika untersucht. Nach Angaben von ONE sind die bisher gezahlten Gelder viel zu wenig, um das Ziel der G8 zu erreichen. Verantwortlich dafür sind insbesondere Frankreich und Italien, deren Entwicklungshilfeausgaben für Afrika besonders gering sind. Frankreich gab für die Region zwischen 2004 und 2008 gerade einmal 340 Millionen US-Dollar mehr aus, Italien etwa 570 Millionen US-Dollar. Sie haben damit bisher nur sieben beziehungsweise drei Prozent der Mittel zur Verfügung gestellt, die sie bis 2010 für Afrika zugesagt haben. ONE fordert deshalb Bundeskanzlerin Angela Merkel dazu auf, ihre Kollegen Nicolas Sarkozy und Silvio Berlusconi beim kommenden G8-Gipfel im Juli an ihre Zusagen zu erinnern.

[www.one.org/international/datareport2009/](http://www.one.org/international/datareport2009/)

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul erklärte anlässlich der Veröffentlichung des DATA-Berichts, dass Deutschland zu seinen Verpflichtungen steht und die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent und bis zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) steigern wird. Angesichts weltweit gestiegener Rüstungsausgaben im Jahr 2008 müsse es auch global möglich sein, die Zusagen im Kampf gegen Hunger, Armut und Kindersterblichkeit einzuhalten. Die Ministerin wies gleichzeitig darauf hin, dass mit den Mitteln der G8-Länder bereits vieles im Bereich Gesundheits- und Wasserversorgung sowie Bildung erreicht worden ist. Der Anteil der deutschen ODA-Leistungen liegt für 2008 bei 0,38 Prozent des BNE.

[www.bmz.de/de/presse/pm/2009/juni/pm\\_20090611\\_54.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2009/juni/pm_20090611_54.html)

## 11. Hochschulexzellenz für die MDG

Fünf deutsche Hochschulen und ihre Partner in Entwicklungsländern erhalten zum Ausbau ihrer Zusammenarbeit in den kommenden fünf Jahren jeweils bis zu fünf Millionen Euro. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und das BMZ wollen mit der Initiative die Bildungszusammenarbeit in Entwicklungsländern stärken. Die ausgezeichneten Hochschulprojekte werden sich Themen widmen, die sich auf die MDG beziehen. Bildung sei Voraussetzung für Entwicklung und Hochschulen die Grundschulen der Globalisierung, sagte Wieczorek-Zeul. Deshalb fördere die Bundesregierung die Vernetzung von Hochschulen in Entwicklungs- und Industrieländern. Gemeinsam sollen sie zu Think Tanks und Exzellenzzentren für die MDG werden, so die Ministerin. Der DAAD ist laut DAAD-Generalsekretär Christian Bode davon überzeugt, dass dies auch eine nachhaltige Stärkung der Strukturen in den Hochschulen der Entwicklungsländer bewirken wird.

[www.daad.de/portrait/presse/pressemitteilungen/2009/10766.de.html](http://www.daad.de/portrait/presse/pressemitteilungen/2009/10766.de.html)

[www.bmz.de/de/presse/pm/2009/juni/pm\\_20090609\\_xx.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2009/juni/pm_20090609_xx.html)

## 12. CorA-Netzwerk legt Aktionsplan für öffentliche Beschaffung vor

Das Corporate Accountability (CorA)-Netzwerk für Unternehmensverantwortung hat einen Vorschlag für einen „**Aktionsplan für sozial-ökologische Beschaffung**“ vorgelegt. Mehr als 40 Verbände aus Kirchen, Gewerkschaften, Verbraucherschutz-, Umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen, die dem Netzwerk angehören, fordern die Bundesregierung dazu auf, im öffentlichen Beschaffungswesen soziale und ökologische Kriterien anzuwenden. Kern der CorA-Forderungen ist, dass bei der Vergabe aller öffentlichen Beschaffungsaufträge die Einhaltung international anerkannter sozialer und ökologischer Normen zur Bedingung bei der Auftragsvergabe gemacht wird. Normen wie das Verbot der Kinder- oder Zwangsarbeit müssen demnach bei der Produktion aller öffentlich beschafften Güter eingehalten werden. Durch eine Reform des öffentlichen Vergabewesen im April 2008 wurde die notwendige Gesetzesgrundlage geschaffen. Demnach können staatliche Stellen auch ökologische und soziale Kriterien bei einer Auftragsvergabe anwenden. Wenn alle Verwaltungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene diese neue Rechtslage ausnutzen und soziale und ökologische Kriterien beim Einkauf anlegen, dann könnte laut CorA diese Nachfrage einen gewaltigen Schub für den Umweltschutz und die Menschenrechte auslösen. Die Investitionen der öffentlichen Hand werden auf jährlich rund 360 Milliarden Euro geschätzt. CorA setzt sich dafür ein, dass bis zum Jahr 2018

die Beschaffung des Bundes zu 100 Prozent entsprechend sozial- ökologischer Kriterien durchgeführt wird.

[www.cora-netz.de/wp-content/uploads/pm\\_aktionsplan\\_final.pdf](http://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/pm_aktionsplan_final.pdf)

---

### **Kurz notiert:**

Mach Druck auf die G8! Dies ist das Motto einer Aktion von „**Deine Stimme gegen Armut**“, die anlässlich des diesjährigen G8-Gipfels vom 8. bis 10. Juli in L’Aquila (Italien) startet. Die Staats- und Regierungschef sollen ihre Versprechen einhalten und endlich handeln. Druck machen kann man unter [www.deine-stimme-gegen-armut.de/themen/g8-gipfel.html](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/themen/g8-gipfel.html).

Die Organisation Gender Action hat einen neuen „**Toolkit for International Finance Watchers**“ veröffentlicht. Dies soll zivilgesellschaftlichen Gruppen helfen, Genderperspektiven in ihre Arbeit über Internationale Finanzinstitutionen aufzunehmen. Unter der Webadresse [www.genderaction.org/index.html](http://www.genderaction.org/index.html) kann das Dokument abgerufen werden. Neu ist, dass dieses Toolkit als dynamisches Dokument konzipiert ist und durch Anregungen der Benutzer periodisch aktualisiert wird.

Ein praktisches Handbuch soll es Organisationsentwicklern erleichtern, im do-it-yourself Verfahren soziale Bewegungen und Selbsthilfegruppen aufzubauen und bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Das Handbuch zielt auf pädagogische Schulung von Initiatoren und Schulungsleitern in zivilgesellschaftlichen Organisationen ab. Der „**Barefoot Guide to Working with Organisations and Social Change**“ ist ein Projekt von Aktivisten und Entwicklungsexperten aus sieben Ländern. Der Guide ist als PDF-Dokument unter [www.barefootguide.org](http://www.barefootguide.org) abrufbar.

„Gesundheit und Bildung für alle“ ist die Kernforderung der neu gestarteten Kampagnen-Webseite von Oxfam. Interaktion steht dabei im Mittelpunkt. Daher bietet die Seite neben Web 2.0-Features auch eine enge Verbindung zu den Facebook, MySpace und Youtube-Seiten von Oxfam. Unter [www.oxfamfueralle.de/](http://www.oxfamfueralle.de/) können Sie mitmachen.

Der African Economic Outlook (AEO) geht online. Unter [www.africaneconomicoutlook.org/en/](http://www.africaneconomicoutlook.org/en/) findet man detaillierte länderspezifische Informationen über Afrikas wirtschaftliche Entwicklung, eingebettet in den sozialen und politischen Kontext des jeweiligen Landes. Über Zahlen und Statistiken hinaus bietet die Seite aktuelle Nachrichten, Veranstaltungen und eingehende Analysen wichtiger Branchen.

---

### **Termine**

#### **1. Juli 2009, Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Klima und Anpassung

Fachgespräch

Weitere Informationen unter: [www.gruene-](http://www.gruene-)

[bundestag.de/cms/termine/dok/281/281260.klima\\_und\\_anpassung.html](http://bundestag.de/cms/termine/dok/281/281260.klima_und_anpassung.html)

#### **1. Juli 2009, Berlin, Stiftung Nord-Süd-Brücken und andere**

Berlin in der Welt – Die Welt in Berlin

Vortragsabend und Diskussion

Weitere Informationen unter: [www.nord-sued-bruecken.de/upload/file/flyer\\_010709.pdf](http://www.nord-sued-bruecken.de/upload/file/flyer_010709.pdf)

**2. Juli 2009, Bonn, InWEnt**

„Globale Rezession und Klimakrise gemeinsam lösen“

Vortragsabend mit Prof. Dr. Dirk Messner

Weitere Informationen unter: [www.inwent.org/veranstaltungen/151651/index.php.de](http://www.inwent.org/veranstaltungen/151651/index.php.de)

**4. Juli 2009, Berlin, W&E, Oxfam, Heinrich-Böll-Stiftung**

Abgesang auf G8 – Eine andere Global Governance?

Podiumsdiskussion

Weitere Informationen unter: [www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/cms/wearchiv/042ae69b8e0923b02/042ae69bbe0d7a201.php5#042ae69bbe0ddaf07](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/cms/wearchiv/042ae69b8e0923b02/042ae69bbe0d7a201.php5#042ae69bbe0ddaf07)

**7. Juli 2009, Berlin, taz, Heinrich-Böll-Stiftung**

Finanz- und Wirtschaftskrise – Was hat „Gender“ damit zu tun?

Podiumsdiskussion – Jour Fixe

Weitere Informationen unter: [www.gwi-boell.de/de/web/22\\_1891.htm](http://www.gwi-boell.de/de/web/22_1891.htm)

**9. Juli 2009, Berlin, SPD, Forum Eine Welt Berlin-Brandenburg**

Auswirkungen der Weltfinanzkrise auf den Entwicklungskontinent Afrika

Vortrag und Diskussion

Weitere Informationen unter:

[www.forumeinewelt.de/forumeinewelt/pdf/Forum\\_Eine\\_Welt\\_Weltfinanzkrise.pdf](http://www.forumeinewelt.de/forumeinewelt/pdf/Forum_Eine_Welt_Weltfinanzkrise.pdf)

**27. bis 28. August 2009, Bonn, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, DIE, VENRO, KfW**

Neue Impulse für die Entwicklungszusammenarbeit der Länder, Regionen und Kommunen

2. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik

Weitere Informationen unter: [www.bonn-conference.nrw.de/](http://www.bonn-conference.nrw.de/)

**25. und 26. September 2009, Amersbeck (Nähe Hamburg), Difäm, EED**

Klimawandel und Gesundheit

Zusammenhänge, Trends und Handlungsfelder

Tagung

Weitere Informationen unter: [www.haus-am-schueberg.de/hcms/Bildungsangebote/Gerechtigkeit/2009/06/1378.php](http://www.haus-am-schueberg.de/hcms/Bildungsangebote/Gerechtigkeit/2009/06/1378.php)

---

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: [berlin@venro.org](mailto:berlin@venro.org)

Internet: [www.2015.venro.org](http://www.2015.venro.org)

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Henrik Wiegelmann

*Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*